



Faktenblatt: Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe

Eigenkapital ist die zwingend erforderliche Kernsubstanz eines jeden Unternehmens. Ohne Eigenkapital kann keine Investition getätigt, keine Innovation betrieben und kein Arbeitsplatz geschaffen werden. Trotzdem belastet der Staat das von Privaten zur Verfügung gestellte Eigenkapital mit einer «Stempelabgabe». Das ergibt ökonomisch keinen Sinn. Bundesrat und Parlament wollen die sogenannte Emissionsabgabe auf Eigenkapital deshalb abschaffen. Am 13. Februar 2022 entscheidet das Stimmvolk.

Im Durchschnitt bringt die Emissionsabgabe rund 250 Millionen Franken pro Jahr ein. Das entspricht gerade einmal 0.35 Prozent der Bundeseinnahmen. Den geringen Einnahmen steht ein nachhaltiger volkswirtschaftlicher Schaden gegenüber. Denn die Abgabe ...

- **verschärft Krisen**, indem sie Firmen ausgerechnet dann trifft, wenn sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken,
- **fördert die Verschuldung**, weil anders als bei Eigenkapital auf der Aufnahme von Fremdkapital (Kredite, Darlehen) keine Abgabe geschuldet ist,
- **belastet forschungsintensive Start-ups**, noch bevor diese überhaupt Gewinne erzielen, und
- **nagt an der Substanz der Unternehmen**, weil die Abgabe selbst dann anfällt, wenn Investitionen in Verlusten münden.

Die Abschaffung dieser schädlichen Abgabe wird letztlich zu Mehr- statt Mindereinnahmen führen. Das belegen Studien, der ökonomische Sachverstand sowie die Erfahrung der letzten Jahre mit deutlich steigenden Steuereinnahmen von Unternehmen.

Lesen Sie dazu unser [Faktenblatt](#).